

Zahl rechtsextremer Websites auf Höchststand / Massenhafte Verbreitung von Hassmaterial über Facebook & Co. / Neonazis vernetzen sich in eigenen Communitys / Kultur gemeinsamer Verantwortung gefordert

Mainz/Berlin, 24.08.10 Zur rassistischen Gewalt anstachelnde Liedtexte werden derzeit als Gutenachtgeschichten für Kinder im Internet verbreitet. Zur Melodie von Schlaf- und Kinderliedern wird darin der Holocaust geleugnet und zum Mord an Juden und Schwarzen aufgerufen. Auf die Neonaziblogs und Downloadplattformen greifen täglich bis zu 10.000 User zu. „Damit solche Hasstiraden nicht auf fruchtbaren Boden fallen, müssen ihnen Behörden, Internetdienste und Communitys gemeinsam entgegentreten.“ Das forderte Stefan Glaser, Leiter des Bereichs Rechtsextremismus von jugendschutz.net, bei der Vorstellung des aktuellen Berichts der zentralen Kontrollstelle für den Jugendschutz im Internet.

Die Zahl rechtsextremer Webinhalte hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen, insbesondere im Web 2.0 erreichen sie eine potenziell riesige Nutzerschar. Mehr als 1.870 Websites aus der Szene und mehrere Tausend rechtsextreme Beiträge in Communitys wie Facebook und auf Videoplattformen wie YouTube zählte die gemeinsame Stelle der Bundesländer.

Neonazis vernetzen sich im Internet immer stärker über eigene Communitys, um sich ungestört über rechtsextremes Gedankengut auszutauschen und rassistische Aktionen vorzubereiten: Über 90 neonazistische Netzwerke dokumentierte jugendschutz.net 2009. Damit hat sich deren Zahl innerhalb eines Jahres fast verdreifacht. Auch die Zahl der NPD-Angebote stieg um knapp 30 Prozent von 190 auf 242.

jugendschutz.net erreicht zwar in vier von fünf Fällen, dass unzulässige Inhalte gelöscht werden. In Communitys und auf Videoplattformen machen jedoch die Masse an nutzergenerierten Inhalten und die Multinationalität der Plattformen eine Kontrolle schwierig – Maßnahmen der Betreiber greifen in vielen Fällen zu kurz: In Deutschland reagieren diese zwar, wenn jugendschutz.net um die Entfernung unzulässiger Beiträge bittet. Die Inhalte sind jedoch von ausländischen Servern weiter zugänglich und werden oft erneut hochgeladen.

Da immer mehr Kinder und Jugendliche Web-2.0-Plattformen nutzen, verlangte Stefan Glaser von deren Betreibern, mehr in die Sicherheit ihrer Dienste zu investieren: „Facebook, YouTube und

Co. müssen wesentlich mehr technische und personelle Mittel einsetzen, um junge User auf ihren Plattformen effektiv vor solchen Hassinhalten zu schützen."

„Soziale Verantwortung sollte aber auch die Netzgemeinde selbst übernehmen“, forderte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, die jugendschutz.net fördert.

„Wenn User menschenverachtenden und antidemokratischen Äußerungen widersprechen, kann das Internet sein Potenzial als freiheitliches und demokratisches Medium entfalten.“

Wie sich die Propaganda von Neonazis erkennen lässt und was Einzelne dagegen tun können, zeigt der Video-Clip „Wir sind online. Damit Neonazis offline gehen“ bei YouTube, der gemeinsam von jugendschutz.net und der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus entwickelt worden ist. Die Online-Beratung des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie berät Menschen per E-Mail, Einzel- und Gruppenchat individuell, die in ihrem persönlichen Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. „Es gibt einen hohen Bedarf an niedrigschwelligen Beratungsangeboten. Seit 2008 ist die Zahl unserer Fälle stetig gestiegen“, erläutert deren Leiter, Martin Ziegenhagen. Der Clip weist auch auf die Hotline von jugendschutz.net hin, wo problematische Internetinhalte – auch anonym – gemeldet werden können (www.jugendschutz.net/hotline).

Bericht von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus im Internet kostenlos zum Download:

www.hass-im-netz.info/aktuell

3.585 Zeichen

KONTAKT FÜR RÜCKFRAGEN

Hanna Wittstadt, hw@jugendschutz.net, Tel. (06131) 32 85-317, Mobil: 01577 3354976

ÜBER JUGENDSCHUTZ.NET

jugendschutz.net unterstützt die Jugendministerien der Länder und die Kommission für Jugendmedienschutz. Die länderübergreifende Stelle, die 1997 eingerichtet wurde, drängt auf die Einhaltung des Jugendschutzes im Internet und sorgt dafür, dass Anbieter problematische Inhalte rasch ändern oder löschen. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Internet wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.